

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrich Oehme, Marc Bernhard, Stephan Brandner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/20689 –

Verpflichtende deutsche Sprache in Publikationen von ministeriell mandatierten, politisch handlungsempfehlenden Institutionen

A. Problem

Die Fraktion der AfD will erreichen, dass institutionell aus dem Bundeshaushalt geförderte Institutionen, die politische Handlungsempfehlungen erarbeiten, ihre Publikationen immer auch in deutscher Sprache vorlegen. Bisher sei es so, dass beispielsweise das Deutsche Institut für Menschenrechte, das Aspen Institute Deutschland, das Deutsche Polen-Institut u. a. nicht immer deutschsprachige Versionen publizierten, sondern teilweise ausschließlich andere Sprachen für veröffentlichte Texte wählten. Das will die Fraktion mit Hinweis auf die deutsche Sprache als zentrales Element deutscher Identität geändert sehen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/20689 abzulehnen.

Berlin, den 4. November 2020

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde
Vorsitzende

Melanie Bernstein
Berichterstatterin

Martin Rabanus
Berichterstatter

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Thomas Hacker
Berichterstatter

Simone Barrientos
Berichterstatterin

Erhard Grundl
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Melanie Bernstein, Martin Rabanus, Dr. Marc Jongen, Thomas Hacker, Simone Barrientos und Erhard Grundl

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/20689** in seiner 170. Sitzung am 2. Juli 2020 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, den Ausschuss für Inneres und Heimat und den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD weist in ihrem Antrag darauf hin, dass Zuwendungen des Bundes möglich sind, um Aufgaben zu erledigen, die die Bundesverwaltung nicht leisten kann. Auf dieser Grundlage würden Einrichtungen institutionell gefördert, die selbständig politische Empfehlungen in Form von Publikationen erarbeiteten. Teilweise erfolgten diese Veröffentlichungen in einer anderen als der deutschen Sprache, ohne mindestens zusätzlich auch eine deutsche Version zur Verfügung zu stellen.

Die Fraktion will mit ihrem Antrag daher erreichen, dass institutionell aus dem Bundeshaushalt geförderte Institute wie das Deutsche Institut für Menschenrechte, das Aspen Institute Deutschland, das Deutsche Polen-Institut u. a., ihre Publikationen stets auch in deutscher Sprache vorlegen müssen. Bisher sei es so, dass sie nicht immer deutschsprachige Versionen publizierten, sondern teilweise ausschließlich andere Sprachen für veröffentlichte Texte wählten. Das will die Fraktion mit Hinweis auf die deutsche Sprache als zentrales Element deutscher Identität geändert sehen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung** empfahl in seiner 42. Sitzung am 29. Oktober 2020 Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** empfahl in seiner 110. Sitzung am 4. November 2020 Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** empfahl in seiner 110. Sitzung am 4. November 2020 Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 57. Sitzung am 4. November 2020 Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 4. November 2020

Melanie Bernstein
Berichterstatterin

Martin Rabanus
Berichterstatter

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Thomas Hacker
Berichterstatter

Simone Barrientos
Berichterstatterin

Erhard Grundl
Berichterstatter